

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen

1950

Ausgegeben zu Wiesbaden am 10. Oktober 1950

Nr. 37

Inhalt:

Seite

Seite

- (94) Gesetz über das Staatsabkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen. Vom 12. September 1950 179
- (95) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ehtschädigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes

- und der Landesadvokatur. Vom 12. September 1950 184
- (96) Bekanntmachung betreffend § 3 Buchstaben b der Ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz über Wirtschaftsprüfer, Bücherrevisoren und Steuerberater. Vom 30. September 1950 185

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

(94) **Gesetz**
über das Staatsabkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen.
Vom 12. September 1950.

Artikel I

Dem Staatsabkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen wird zugestimmt.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Wiesbaden, den 12. September 1950.

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident Der Minister für
Stock Erziehung und Volksbildung
Dr. Stein

Staatsabkommen
der Länder der Bundesrepublik Deutschland
über die Finanzierung wissenschaftlicher
Forschungseinrichtungen.

Die Länder der Bundesrepublik Deutschland betrachten die Förderung der wissenschaftlichen Forschung grundsätzlich als eine Aufgabe der Länder. Sie bejahen die Notwendigkeit, gemeinsam die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, daß

Wissenschaft und Forschung befähigt werden, einen wirksamen Beitrag zum kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu leisten. Die Gesamtheit der Länder hält sich daher verpflichtet, größere Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln finanziell sicherzustellen. Haushaltsmittel der Bundesrepublik Deutschland sind nur für Forschungseinrichtungen mit ausgesprochen behördlichem Charakter und mit einem Aufgabenbereich für die Gesamtheit der Länder in Anspruch zu nehmen oder für Zweckforschungseinrichtungen, die ausschließlich oder überwiegend im Dienst einer zentralen Verwaltung stehen. Reine Zweckforschungseinrichtungen sollen vorwiegend von den interessierten Kreisen finanziert werden.

Zwischen den Ländern Baden, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern, vertreten durch ihre Ministerpräsidenten, der Hansestadt Hamburg, vertreten durch den Senat, und der Freien Hansestadt Bremen, vertreten durch den Präsidenten des Senats, wird deshalb das folgende Abkommen geschlossen:

Artikel 1

(1) Die Vertragschließenden verpflichten sich, für deutsche wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, deren Aufgaben und Bedeutung über den allgemeinen Wirkungsbereich eines einzelnen Landes hinausgehen und deren Zuschußbedarf die finanzielle Leistungskraft eines einzelnen Landes übersteigt, die zur Erfüllung der Forschungsaufgaben erforderlichen Mittel nach den Bestimmungen dieses Abkommens gemeinsam aufzubringen.

(2) Als solche Forschungseinrichtungen werden zunächst die in der Anlage zu diesem Abkommen aufgeführten Einrichtungen anerkannt.

Artikel 2

Die Vertragschließenden gehen davon aus, daß die von den Ländern gemeinsam zu finanzierenden

Forschungseinrichtungen nicht gleichzeitig Zuschüsse aus dem Haushalt des Bundes erhalten, um die für Forschungszwecke verfügbaren öffentlichen Mittel wirtschaftlich zu verwenden und die Haushaltsklarheit zu wahren. Ausgenommen ist der Ersatz von Kosten für Sonderforschungsaufträge, die zentrale Stellen im Rahmen ihrer Zuständigkeit diesen Forschungseinrichtungen erteilen.

Artikel 3

(1) Die wissenschaftliche Forschung ist frei, soweit sie sich im Rahmen der Gesetze hält.

(2) Damit die verfügbaren öffentlichen Mittel wirtschaftlich verwendet werden, ist zu vermeiden, daß Forschungseinrichtungen sich mit gleichen Aufgabengebieten befassen, sofern nicht sachlich gerechtfertigte Gründe dies erforderlich machen. Dies ist laufend zu überprüfen.

Artikel 4

Die Vertragschließenden sind darüber einig, daß den Ländern im Senat der Max-Planck-Gesellschaft eine angemessene Vertretung einzuräumen ist.

Artikel 5

Die Vertragschließenden stellen jährlich den Gesamtbedarf der gemeinsam aufzubringenden Mittel fest. Sie können die Bereitstellung dieser Mittel davon abhängig machen, daß die Länder, in denen die Forschungseinrichtungen ihren Sitz haben, einen angemessenen Teil des Zuschußbedarfs dieser Einrichtung selbst decken.

Artikel 6

Der Gesamtbetrag der gemeinsam aufzubringenden Mittel wird auf die einzelnen Länder zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis ihrer Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl umgelegt. Die Steuereinnahmen erhöhen oder vermindern sich um die Beträge, welche die Länder im Rahmen eines allgemeinen Finanzausgleichs von anderen Ländern erhalten oder an andere Länder abführen.

Artikel 7

Das Abkommen wird zunächst auf fünf Jahre abgeschlossen; es tritt mit Wirkung vom 1. April 1949 in Kraft.

Artikel 8

Die von den Vertragschließenden ausgefertigten Ratifikationsurkunden werden bei dem Hessischen Ministerium für Erziehung und Volksbildung als vorläufige Geschäftsstelle hinterlegt.

Durchführungsbestimmungen

zum Staatsabkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen.

Die Vertragschließenden vereinbaren zur Durchführung des Staatsabkommens über die Finanzie-

rung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen das Folgende:

§ 1

Die Kultusminister und die Finanzminister der Länder treffen gemeinsam die zur Durchführung des Staatsabkommens erforderlichen Anordnungen und Entscheidungen. Die Beschlüsse werden mit Zwei-Drittel-Mehrheit gefaßt.

§ 2

Die Kultus- und Finanzminister bestimmen alljährlich, in welchem Umfange die wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen unterstützt werden, und ob das Staatsabkommen auf weitere wissenschaftliche Forschungseinrichtungen Anwendung finden soll.

§ 3

Die verwaltungsmäßige Zuständigkeit und die haushaltsrechtliche Verantwortung des Landes, in dem die wissenschaftliche Forschungseinrichtung ihren Sitz hat, werden durch die Bestimmungen des Staatsabkommens nicht berührt.

§ 4

(1) Zur Vorbereitung der von den Kultusministern und den Finanzministern zu treffenden Entscheidungen wird ein Verwaltungsausschuß gebildet, der aus je einem Vertreter des Kultusministeriums und des Finanzministeriums jedes Landes besteht.

(2) Die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses werden mit Zwei-Drittel-Mehrheit gefaßt.

(3) Die laufenden Geschäfte des Verwaltungsausschusses werden von einer Geschäftsstelle geführt, deren Kosten nach den Bestimmungen dieses Abkommens von den Ländern gemeinsam getragen werden.

§ 5

(1) Der Verwaltungsausschuß hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) den Entwurf des jährlichen Gesamthaushaltsplans aufzustellen und die von den Forschungseinrichtungen vorgelegten Rechnungen zu prüfen,
- b) die Vorschläge zur Erweiterung, Einschränkung oder Ausschaltung von Forschungseinrichtungen oder zur Übernahme neuer Forschungseinrichtungen auszuarbeiten,
- c) Maßnahmen zu beraten und vorzuschlagen, um das wissenschaftliche Forschungswesen zu rationalisieren und wirtschaftlich zu gestalten.

(2) Der Verwaltungsausschuß kann zur Durchführung seiner Aufgaben Unterausschüsse einsetzen oder Sachverständige hinzuziehen.

§ 6

Die laufenden Geschäfte des Verwaltungsausschusses werden bis zur Einrichtung einer Geschäftsstelle (§ 4 Absatz 3) vom Kultusministerium des Landes Hessen geführt.

§ 7

Das Finanzministerium des Landes Hessen regelt bis auf weiteres den Überweisungsverkehr unter den Ländern.

§ 8

Für die zur Max-Planck-Gesellschaft gehörenden Forschungseinrichtungen gelten folgende Bestimmungen:

- die vertragschließenden Länder müssen im Senat der Max-Planck-Gesellschaft angemessen vertreten sein;
- die Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft werden nur dann berücksichtigt, wenn sie als förderungswürdig anerkannt werden;
- damit die Unabhängigkeit der Forschungstätigkeit gewährleistet bleibt, sollen die nach Überprüfung der Haushaltsanforderungen bewilligten Zuschußbeträge den einzelnen Forschungseinrichtungen ohne haushaltmäßigen Einzelnachweis gewährt werden.

Anlage zum Abkommen über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen.

Übersicht

über die wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, die nach dem Abkommen von den Ländern gemeinsam zu finanzieren sind.

(Vermerk: Es bleibt vorbehalten, den Kreis der gemeinsam zu finanzierenden Forschungseinrichtungen nach den Bestimmungen des Staatsabkommens und seinen Durchführungsbestimmungen zu erweitern oder einzuschränken. Die mitgeteilten Beträge beziehen sich auf den Teil des Zuschußbedarfs für das Rechnungsjahr 1949, der von den Ländern in diesem Rechnungsjahr gemeinsam aufzubringen ist.)

Baden

| | DM |
|------------------------------------------------------------------------|---------------|
| 1. Vogelwarte Radolfzell, Möggingen am Bodensee | 29 000 |
| 2. Deutsches Hirnforschungsinstitut, Neustadt im Schwarzwald | 16 000 |
| | <u>45 000</u> |

Bayern

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Deutsches Museum, München | 920 000 |
| 2. Germanisches Museum, Nürnberg | 390 000 |
| 3. Deutsche Forschungshochschule in Berlin-Dahlem (Sitz München) | 1 400 000 |
| 4. Max-Planck-Institut für Silikatforschung, Königshofen-Ostheim (künftig in Aachen) | 260 000 |
| (davon einmalig: 100 000 DM) | |
| 5. Forschungsstelle für Leder und Eiweiß, Regensburg | 62 000 |
| 6. Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie, München | 150 000 |

Übertrag: 3 182 000

DM

Übertrag: 3 182 000

| | |
|---------------------------------------------------------------|------------------|
| 7. Institut für Wirtschaftsforschung e. V., München | 120 000 |
| | <u>3 302 000</u> |

Hamburg

| | |
|---------------------------------------------------|---------|
| 1. Hamburgisches Welt-Wirtschaftsarchiv | 161 000 |
|---------------------------------------------------|---------|

Hessen

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 1. Westdeutsche Bibliothek, Marburg (Sammlungen der ehem. Preußischen Staatsbibliothek) | 300 000 |
| 2. Max-Planck-Institut für Biophysik, Frankfurt | 261 500 |
| (davon einmalig: 54 000 DM) | |
| 3. Max-Planck-Institut für Hirnforschung, Gießen | 170 000 |
| (davon einmalig: 56 000 DM) | |
| 4. Max-Planck-Institut für Hirnforschung, Abteilung für klinische Psychiatrie und Konstitutionsforschung, Marburg | 40 000 |
| 5. Kerckhoff-Institut, Bad Nauheim | 70 000 |
| | <u>841 500</u> |

Niedersachsen

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| 1. Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht | — |
| 2. Institut für Instrumentenkunde in der Verwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen | 120 000 |
| 3. Max-Planck-Institut für Physik Göttingen | 258 000 |
| 4. Max-Planck-Institut für Physik, Abteilung Astrophysik, Göttingen | 54 000 |
| 5. Institut für Ionensphärenforschung in der Verwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Lindau, Kreis Northeim | 96 000 |
| 6. Max-Planck-Institut für Strömungsforschung, Göttingen | 320 000 |
| 7. Gmelin-Institut für anorganische Chemie und Grenzbetriebe in der Verwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Clausthal-Zellerfeld | 270 000 |
| 8. Max-Planck-Institut für physikalische Chemie, Göttingen | 241 000 |
| 9. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover | 245 000 |
| 10. Reichsamt für Bodenforschung, Abteilung Erdölforschung, Celle | 678 000 |
| 11. Max-Planck-Institut für Meeresbiologie, Wilhelmshaven-Seedei | 480 000 |
| (davon einmalig: 140 000 DM) | |
| 12. Medizinische Forschungsanstalt in der Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen | 245 000 |

Übertrag: 3 007 000

| | DM |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| Übertrag: | 3 007 000 |
| 13. Max-Planck-Institut für Hirnforschung, Physiologische Abteilung, Göttingen | 100 000 |
| (davon einmalig: 30 000 DM) | |
| 14. Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung, Gut Voldagsen bei Coppenbrügge | 535 000 |
| (davon einmalig: 30 000 DM) | |
| 15. Max-Planck-Institut für Tierzucht und Tierernährung, Gut Mariensee, Kreis Neustadt a. Rgb. | 696 000 |
| (davon einmalig: 300 000 DM) | |
| 16. Zentralforschungsanstalt für Kleintierzucht, Celle | 346 000 |
| 17. Forschungsstelle von Sengbusch in der Verwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen | 45 000 |
| 18. Institut für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft und Landtechnik, Imbshausen, Krs. Northeim | 174 000 |
| 19. Globalzuschuß an die Zentralverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen | 1 890 500 |
| | <u>6 793 500</u> |

Nordrhein-Westfalen

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| 1. Max-Planck-Institut für Kohleforschung, Mülheim/Ruhr | 250 000 |
| 2. Max-Planck-Institut für Eisenforschung, Düsseldorf | 233 000 |
| 3. Max-Planck-Institut für Bastfaserforschung, Bielefeld | 210 000 |
| (davon einmalig: 60 000 DM) | |
| 4. Max-Planck-Institut für Hirnforschung, Abteilung Tumorforschung, Bochum | 57 000 |
| 5. Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie, Dortmund | 468 000 |
| (davon einmalig: 125 000 DM) | |
| | <u>1 218 000</u> |

Schleswig-Holstein

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 1. Hydrobiologische Anstalt der Max-Planck-Gesellschaft, Plön/Holstein | 82 000 |
| 2. Tbc-Forschungsinstitut, Borstel über Oldesloe | 420 000 |
| 3. Institut für Weltwirtschaft, Kiel | 420 000 |
| | <u>922 000</u> |

Rheinland-Pfalz

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| 1. Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie Tailfingen (künftig in Mainz) | 993 000 |
| (davon einmalig: 500 000 DM) | |
| 2. Forschungsinstitut für Rebenzüchtung, Geilweilerhof | 230 000 |
| | <u>1 223 000</u> |

Württemberg-Baden

| | DM |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| 1. Max-Planck-Institut für Metallforschung, Stuttgart | 250 000 |
| 2. Astronomisches Recheninstitut, Heidelberg | 171 000 |
| 3. Max-Planck-Institut für medizinische Forschung, Heidelberg | 605 000 |
| (davon einmalig: 17 000 DM) | |
| 4. Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung, Zweigstelle Rosenhof bei Ladenburg | 138 000 |
| | <u>1 164 000</u> |

Württemberg-Hohenzollern

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| 1. Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Tübingen | 96 000 |
| 2. Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Hechingen | 302 000 |
| 3. Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre, Weisenau | 190 000 |
| (davon einmalig: 20 000 DM) | |
| 4. Gmelin-Institut für anorganische Chemie und Grenzbetriebe, Tübingen | 55 000 |
| 5. Kaiser-Wilhelm-Institut für Biochemie, Tübingen | 938 000 |
| (davon einmalig: 650 000 DM) | |
| 6. Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie, Tübingen | 1 019 000 |
| (davon einmalig: 750 000 DM) | |
| | <u>2 600 000</u> |
| Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft | <u>2 000 000</u> |

Gesamtübersicht

| | DM |
|-------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| Baden | 45 000 |
| Bayern | 3 302 000 |
| Hamburg | 161 000 |
| Hessen | 841 500 |
| Niedersachsen | 6 793 500 |
| Nordrhein-Westfalen | 1 218 000 |
| Schleswig-Holstein | 922 000 |
| Rheinland-Pfalz | 1 223 000 |
| Württemberg-Baden | 1 164 000 |
| Württemberg-Hohenzollern | 2 600 000 |
| | 18 269 000 |
| Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft | <u>2 000 000</u> |
| Gesamtzuschuß für das Rechnungsjahr 1949 | <u>20 269 000</u> |
| Davon entfallen auf Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft | 12 452 000 |

Anlage
zum Abkommen über die Finanzierung
wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen.

Übersicht
über die wissenschaftlichen Forschungs-
einrichtungen, die nach dem Abkommen von den
Ländern gemeinsam zu finanzieren sind.

(Vermerk: Es bleibt vorbehalten, den Kreis der gemeinsam zu finanzierenden Forschungseinrichtungen nach den Bestimmungen des Staatsabkommens und seinen Durchführungsbestimmungen zu erweitern oder einzuschränken. Die mitgeteilten Beträge beziehen sich auf den Teil des Zuschußbedarfs für das Rechnungsjahr 1950, der von den Ländern in diesem Rechnungsjahr gemeinsam aufzubringen ist.)

| | Zuschüsse | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|----------------|
| | DM | DM |
| Baden | | |
| 1. Deutsches Hirnforschungsinstitut, Neustadt i. Schw. | 16 000 | — |
| 2. Vogelwarte Radolfzell der Max-Planck-Gesellschaft, Schloß Möggingen über Radolfzell a. Bodensee | 29 000 | — |
| | <u>45 000</u> | — |
| Bayern | | |
| 1. Deutsches Museum, München | 991 000 | — |
| 2. Germanisches Museum, Nürnberg | 417 200 | — |
| 3. Deutsche Forschungshochschule Berlin-Dahlem, Sitz München | 1 082 100 | 137 000 |
| 4. Institut für Wirtschaftsforschung, München | 200 000 | — |
| 5. Max-Planck-Institut für Silikatforschung, Ostheim v. d. Rhön | 175 000 | — |
| 6. Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie, München | 168 000 | 18 000 |
| 7. Forschungsstelle für Eiweiß und Leder in der MPG, Regensburg | 85 000 | 15 000 |
| | <u>3 118 300</u> | <u>170 000</u> |
| Hamburg | | |
| 1. Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv | 530 000 | — |
| | <u>530 000</u> | — |
| Hessen | | |
| 1. Westdeutsche Bibliothek, Marburg | 443 700 | — |
| 2. Paul-Ehrlich-Institut, Staatliche Anstalt für experimentelle Therapie und Georg-Speyer-Haus, Frankfurt/Main | 434 100 | — |
| Übertrag: | 877 800 | — |

Zuschüsse
davon
einmalig

| | Zuschüsse | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|----------------|
| | DM | DM |
| Übertrag: | 877 800 | — |
| 3. MPI für Biophysik, Frankfurt/Main | 453 000 | 230 000 |
| 4. MPI für Hirnforschung, Neuroanatomische und Pathologische Abteilung Gießen | 170 000 | 42 300 |
| 5. MPI für Hirnforschung, Abteilung für klinische Psychiatrie und Konstitutionsforschung, Marburg/Lahn | 50 000 | 6 500 |
| 6. William-G.-Kerckhoff-Institut für Herzforschung in der MPG, Bad Nauheim | 79 000 | — |
| | <u>1 629 800</u> | <u>278 800</u> |
| Niedersachsen | | |
| 1. Amt für Bodenforschung, Hannover | 678 000 | — |
| 2. Generalverwaltung der MPG | 260 000 | — |
| 3. Gemeinsame Bewirtschaftungs- und Bauausgaben auf dem Gelände Göttingen, Dundenstraße 10 | 536 000 | 400 000 |
| 4. Gemeinsame Einrichtungen, gemeinsame Personal- und Sachausgaben für alle Institute | 550 000 | — |
| 5. Institut für Instrumentenkunde in der MPG, Göttingen | 101 000 | — |
| 6. MPI für Physik, Göttingen | 400 000 | 100 000 |
| 7. MPI für Physik, Abteilung Astrophysik, Göttingen | 60 000 | — |
| 8. Institut für Ionosphärenforschung in der MPG, Lindau i. Harz | 100 000 | — |
| 9. MPI für Strömungsforschung mit Abteilung Reibungsforschung, Göttingen | 340 000 | — |
| 10. Gmelin-Institut für anorganische Chemie und Grenzgebiete i. d. MPG, Clausthal Zellerfeld | 282 000 | — |
| 11. MPI für Physikalische Chemie, Göttingen | 366 000 | 125 000 |
| 12. MPI für Meeresbiologie, Wilhelmshaven | 440 000 | 100 000 |
| 13. Medizinische Forschungsanstalt der MPG, Göttingen | 345 000 | 65 000 |
| 14. MPI für Hirnforschung, Physiologische Abteilung Göttingen | 90 000 | 11 000 |
| 15. MPI für Züchtungsforschung, Voldagsen | 600 000 | 70 000 |
| 16. MPI für Tierzucht und Tierernährung, Mariensee, Kreis Neustadt | 406 000 | — |
| 17. Forschungsstelle von Sengbusch in der MPG, Göttingen | 45 000 | — |
| Übertrag: | 5 599 000 | 871 000 |

| | Zuschüsse | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|----------------|
| | DM | DM |
| Übertrag: | 5 599 000 | 871 000 |
| 18. Institut für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft und Landtechnik in der MPG, Imbshausen | 120 000 | — |
| | <u>5 719 000</u> | <u>871 000</u> |
| Nordrhein-Westfalen | | |
| 1. MPI für Kohleforschung, Mülheim/Ruhr | 325 000 | 75 000 |
| 2. MPI für Eisenforschung, Düsseldorf | 310 000 | 50 000 |
| 3. MPI für Bastfaserforschung, Niedermarsberg | 187 000 | 10 000 |
| 4. MPI für Hirnforschung, Abteilung Tumorforschung, Bochum-Langendreer | 70 000 | — |
| 5. MPI für Arbeitsphysiologie, Dortmund | 308 600 | 100 000 |
| | <u>1 200 600</u> | <u>235 000</u> |
| Rheinland-Pfalz | | |
| 1. MPI für Chemie, Mainz | 893 000 | 400 000 |
| | <u>893 000</u> | <u>400 000</u> |
| Schleswig-Holstein | | |
| 1. Tbc-Forschungsinstitut, Borstel | 444 600 | — |
| 2. Institut für Weltwirtschaft, Kiel | 650 000 | — |
| 3. Hydrobiologische Anstalt der MPG, Plön/Holstein | 132 000 | 10 000 |
| | <u>1 226 600</u> | <u>10 000</u> |
| Württemberg-Baden | | |
| 1. Astronomisches Recheninstitut, Heidelberg | 171 600 | — |
| 2. MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg | 200 000 | 50 000 |
| 3. MPI für Metallforschung, Stuttgart | 250 000 | — |
| 4. MPI für medizinische Forschung, Heidelberg | 750 000 | 26 000 |
| 5. MPI für Züchtungsforschung, Zweigstelle Rosenhof bei Ladenburg/Baden | 143 000 | — |
| | <u>1 514 600</u> | <u>76 000</u> |
| Württemberg-Hohenzollern | | |
| 1. MPI für ausländisches und internationales Privatrecht, Tübingen | 200 000 | 50 000 |
| 2. Forschungsstelle für Spektroskopie in der MPG, Hechingen/Hohenzollern | 175 000 | 75 000 |
| Übertrag: | 375 000 | 125 000 |

| | Zuschüsse | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|----------------|
| | DM | DM |
| Übertrag: | 375 000 | 125 000 |
| 3. Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre in der MPG, Weißenau | 200 000 | 30 000 |
| 4. Gmelin-Institut für Anorganische Chemie und Grenzgebiete in der MPG, Arbeitsgruppe Tübingen | 55 000 | — |
| 5. MPI für Biochemie, Tübingen | 370 000 | 20 000 |
| 6. MPI für Biologie, Hechingen | 984 000 | 700 000 |
| | <u>1 984 000</u> | <u>875 000</u> |

Gesamtübersicht

| | DM |
|-------------------------------------------------------------|-------------------|
| Baden | 45 000 |
| Bayern | 3 118 300 |
| Hamburg | 530 000 |
| Hessen | 1 629 800 |
| Niedersachsen | 5 719 000 |
| Nordrhein-Westfalen | 1 200 600 |
| Rheinland-Pfalz | 893 000 |
| Schleswig-Holstein | 1 226 600 |
| Württemberg-Baden | 1 514 600 |
| Württemberg-Hohenzollern | 1 984 000 |
| | <u>17 860 900</u> |
| Dazu Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft | 4 000 000 |
| und Bibl. Hertziana, Italien | 88 000 |
| | <u>21 948 900</u> |
| Auf die Forschungseinrichtungen der MPG entfallen | 11 802 600 |

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

(95) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes und der Landesadvokatschaft. Vom 12. September 1950.

§ 1

§ 1 des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes und der Landesadvokatschaft vom 22. November 1949 (GVBl. S. 163) erhält folgenden Wortlaut:

„Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes und der Landesadvokatschaft erhalten steuerfreie Aufwandsentschädigungen. Diese betragen:
für den Präsidenten des Staatsgerichtshofes 200 DM

für den stellvertretenden Präsidenten
des Staatsgerichtshofes 120 DM
für die übrigen ständigen Mitglieder
des Staatsgerichtshofes 100 DM
für den Landesanwalt 150 DM
je Monat,
für die stellvertretenden Mitglieder und den
stellvertretenden Landesanwalt 100 DM für
jeden Kalendermonat, in dessen Verlauf sie
tätig werden.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1950
in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landes-
regierung sind gewahrt.

Wiesbaden, den 12. September 1950.

Hessische Landesregierung

| | |
|-----------------------|-------------------------|
| Der Ministerpräsident | Der Minister der Justiz |
| Stock | Dr. Stein |

(96) **Bekanntmachung**
betreffend § 3 Buchstaben b der Ersten Durch-
führungsverordnung zum Gesetz über Wirtschafts-
prüfer, Bücherrevisoren und Steuerberater.
Vom 30. September 1950.

Die Alliierte Hohe Kommission hat in ihrer
Sitzung vom 29. Juni 1950 die Vorschrift des § 3
Buchstaben b der Ersten Durchführungsverord-
nung zum Gesetz über Wirtschaftsprüfer, Bücher-
revisoren und Steuerberater vom 3. Mai 1950
(GVBl. S. 73) für verschleppte Personen außer
Kraft gesetzt, soweit hierin als Voraussetzung der
Zulassung die deutsche Staatsangehörigkeit ver-
langt wird.

Wiesbaden, den 30. September 1950.

Hessische Landesregierung

| | |
|-----------------------|------------------------|
| Der Ministerpräsident | Der Minister für |
| I. V.: Dr. Hilpert | Arbeit, Landwirtschaft |
| | und Wirtschaft |
| | Wagner |

